

30. April 2020

„Existenzielle Krisen in der Geschichte der USA“ – Manfred Berg

Anja Schüler: Die Universitäten stehen am Beginn eines außergewöhnlichen Semesters: Die Hörsäle und Seminarräume bleiben leer, und Universitätsstädte wie Heidelberg sind verwaist. Die globale Coronapandemie hat dazu geführt, dass so gut wie alle Lehrveranstaltungen digital stattfinden. Das gilt auch für das Heidelberg Center for American Studies, eine zentrale Einrichtung der Universität Heidelberg, die Lehre und Forschung zu den Vereinigten Staaten bündelt. Neben Forschung und Lehre hat das HCA es sich zur Aufgabe gemacht, den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern. In den letzten fünfzehn Jahren haben wir dies mit zahlreichen Vortragsreihen und Podiumsdiskussionen, mit Konferenzen, Ausstellungen oder Filmabenden getan. In den letzten beiden Jahren haben wir begonnen, auch unsere virtuellen Angebote auszuweiten, um auf diese Weise ein größeres Publikum zu erreichen. Auf unserer Webpage finden sich etwa Videos von Vorträgen des Wirtschaftshistorikers Barry Eichengreen oder des U.S.-Chefunterhändlers bei den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen für die deutsche Wiedervereinigung, Robert Zoellick. In einem Blog kommen regelmäßig unsere Studierenden zu Wort. In diesem Semester stärken wir unsere digitalen Angebote. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen haben wir den Podcast „Corona in den USA“ ins Leben gerufen. Wir sind uns sicher, dass es in Deutschland einiges Interesse an den Erfahrungen der Amerikaner mit dieser außergewöhnlichen Situation gibt.

Was erwartet Sie also in den nächsten Wochen? Immer donnerstags wird es auf der Website des HCA und in den Streamingdiensten einen neuen Beitrag geben, in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und andere USA-Experten ihre Einschätzungen über die Auswirkungen der Coronapandemie auf das Land teilen. So wird nächste Woche der Politikwissenschaftler Martin Thunert zu Gast sein; außerdem kommen ein Gesundheitsexperte, ein Wirtschaftswissenschaftler, eine Geografin, ein Kulturwissenschaftler und der ehemalige Präsident der Weltbank zu Wort. Das Programm finden Sie auf unserer Website.

Herzlich willkommen zum Podcast „Corona in den USA“. Mein Name ist Anja Schüler; ich bin wissenschaftliche Mitarbeiterin am HCA und verantworte dort in „normalen Zeiten“ die

öffentlichen Veranstaltungen. Ich bin sehr gespannt auf die wöchentlichen Gespräche mit unseren Gästen.

Wir beginnen unsere Reihe mit einer historischen Einordnung existentieller Krisen in den USA. Der Ausbruch von Covid-19 hat das Land, wie inzwischen praktisch alle Staaten, hart getroffen. Die Zahl der bestätigten Infektionen hat inzwischen die Millionengrenze überschritten, mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft und die Gesundheits- und Sozialsysteme. Aber derart existentielle Krisen gab es bereits in der Vergangenheit. Darüber spreche ich heute mit dem Heidelberger Historiker Manfred Berg. Er ist Inhaber des Curt Engelhorn Lehrstuhls für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg, stellvertretender Direktor des HCA, Sprecher des Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen“ und Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Manfred Berg hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur Geschichte der USA verfasst und schreibt regelmäßig für die Wochenzeitschrift DIE ZEIT.

Ich freue mich, dass wir für den Auftakt unserer Reihe einen so renommierten Wissenschaftler gewonnen haben. Können wir denn zu Beginn unseres Gesprächs etwas Optimismus verbreiten? In anderen Worten – kann eine so existentielle Krise auch eine Chance bedeuten?

Manfred Berg: Das moderne Denken verbindet mit dem Begriff der Krise die Vorstellung, dass es sich um die Zuspitzung einer Bedrohung oder einer Problemlage handelt, die dann zu einer Entscheidung dahingehend führt, dass die Krise entweder in die Katastrophe führt oder eine Lösung gefunden wird. Da wir in der Regel davon überzeugt sind, dass es für alle Probleme auch eine Lösung geben muss, haben wir uns angewöhnt, Krisen immer auch als Chancen zu sehen. Sie bieten die Chance, aus Fehlern zu lernen, diese künftig zu vermeiden und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Krise künftig nicht wiederholen kann. Ein Beispiel der jüngsten Zeitgeschichte ist die Finanzkrise von 2008/9, als Regierungen und Zentralbanken betonten, es gelte die Fehler, die am Beginn der Großen Depression gemacht wurden, zu vermeiden. Die Reaktion auf die Finanzkrise 2008/9 wird gemeinhin als erfolgreich betrachtet, aber ob seither die Voraussetzungen geschaffen wurden, um eine Wiederholung zu verhindern, darf bezweifelt werden. Auch jetzt wird ja viel darüber diskutiert, wie wir die Gesundheitssysteme und die Seuchenprävention so verbessern können, dass wir auf zukünftige Pandemien besser vorbereitet sind.

Anja Schüler: Was sind denn Voraussetzungen dafür, dass Gesellschaften Krisen meistern und aus ihnen lernen?

Manfred Berg: Grundsätzlich zeigen schwere und langanhaltende Krisen, die einer Gesellschaft Opfer abverlangen und sie auf harte Proben stellen, etwa Kriege, Pandemien, Naturkatastrophen, Terroranschläge und schwere Wirtschaftskrisen, wie geeint und widerstandsfähig die betroffenen Gesellschaften sind. Kurzfristig stellt sich bei Bedrohungen immer ein Effekt des Zusammenrückens ein. In den USA haben wir das nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beobachtet. Aber auch die Welle des Patriotismus nach 9/11 konnte die bereits seit langem fortschreitende Polarisierung und Spaltung der amerikanischen Gesellschaft nicht überwinden. Im Gegenteil, dadurch, dass 9/11 einem verletzten und rachedurstigen Nationalismus auf der Rechten Auftrieb gegeben hat, wurden die politisch-ideologischen Konflikte in den USA eher noch weiter angeheizt.

Krisen können also auch bloßlegen, wie brüchig und gespalten Gesellschaften sind. Im Moment erleben wir, dass viele Amerikaner sich mehr nationalen Konsens wünschen, wie Umfragen zeigen. Doch gleichzeitig zeigen die Reaktionen auf die Coronapandemie ziemlich genau die Muster der politischen und sozialen Polarisierung, die das Land seit dem späten 20. Jahrhundert prägen. Konservative und Libertäre protestieren gegen die staatlichen Einschränkungen der individuellen Freiheit und verlangen Vorrang für die wirtschaftliche Erholung, Liberale wollen mehr Staat und insbesondere mehr sozialstaatliche Absicherung gegen die ökonomischen Folgen der Pandemie, die Amerikanerinnen und Amerikaner sehr viel härter treffen als etwa uns Deutsche. Dass die Krise in den USA einen neuen Konsens über die Notwendigkeit und Legitimität staatlichen Handelns herstellen wird, kann ich mir kaum vorstellen. Dabei ist ein solcher Konsens die Voraussetzung dafür, dass staatliche Krisenstrategien überhaupt Erfolg haben können. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung die Kooperation verweigert, kann die Krise nicht eingedämmt werden, und es kommt ein Teufelskreis aus Krisenverschärfung und Staatsversagen in Gang.

Anja Schüler: Welche existenziellen Krisen haben die USA denn in ihrer Geschichte erlebt?

Manfred Berg: Es gibt zwei paradigmatische Großkrisen der amerikanischen Geschichte, den Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 und die Große Depression und den anschließenden Zweiten Weltkrieg, die immer wieder als Beleg dafür angeführt werden, dass Amerika auch die größten Herausforderungen meistern kann, wenn es zusammensteht und alle seine Kräfte mobilisiert.

Aber gerade der Blick auf den Bürgerkrieg lohnt, weil er die Ambivalenz von Krisen in besonderer Weise repräsentiert. Denn die Dauerkrise zwischen dem Norden und dem Süden, die im Konflikt über die Sklaverei wurzelte, konnte 1860/61 eben nicht mehr gelöst werden, sondern eskalierte zu einem blutigen Bürgerkrieg, der mehr als 700,000 Menschenleben forderte und weite Teile vor allem des Südens verwüstete. Der Deutung dieser Katastrophe als der neuen Geburt der Freiheit, wie Lincoln es in seiner berühmten Gettysburg Address formulierte, sollten wir mit einiger Skepsis begegnen. Die Lösung dieser Krise war nur mit enormer militärischer Gewalt möglich – der Amerikanische Bürgerkrieg war der größte militärische Konflikt zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg. Die nationale Versöhnung dauerte Jahrzehnte und sie ging auf Kosten der befreiten schwarzen Sklavenbevölkerung. Bis Mitte des 20. Jahrhundert existierte in großen Teilen der USA ein rassistisches Apartheidsystem, dessen Überwindung die amerikanische Gesellschaft in neue Krisen stürzte, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart spürbar sind. Der Bürgerkrieg ist ein nationales Trauma geblieben, und in den letzten Jahren wird viel darüber diskutiert, ob das Land vielleicht vor einer ähnlichen Situation wie 1860 steht.

Demgegenüber gelten die 1930er und 1940er Jahre als die Periode der U.S.-Geschichte, als das Land die schwerste Wirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution unter Führung eines charismatischen Präsidenten und mithilfe eines innovativen Reformprogramms überwand und im Kampf gegen die Aggressorstaaten die liberale Demokratie rettete. Aus dieser Krise gingen die Vereinigten Staaten nicht nur als die stärkste Militär- und Wirtschaftsmacht der Welt hervor, sondern sie waren auch innerlich gefestigt. Die Historiker sprechen vom liberalen Konsens, der die amerikanische Gesellschaft in den Nachkriegsjahrzehnten bis Ende der 1960er Jahre prägte. Damit ist gemeint, dass die große Mehrheit der Amerikaner ähnliche Vorstellungen von der politischen und sozialen Grundordnung des Landes hatte. Dazu gehörte unter anderem, dass sie den Staat, in den Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, als legitimen und unverzichtbaren ökonomischen und gesellschaftlichen Akteur akzeptierten. Dieser Konsens zerfiel in den

1960er Jahren, als Rassenunruhen und der Vietnamkrieg das Land polarisierten. Dennoch: in der historischen Erinnerung der U.S.-Gesellschaft gelten die Große Depression und der Zweite Weltkrieg als heroische Periode. Begriffe wie „The Good War“ und „The Greatest Generation“ sind zu geflügelten Worten geworden. Diese Zeit steht heute symbolisch für die Überzeugung, dass Amerika jede Krise meistern kann und stärker als zuvor dasteht.

Anja Schüler: Welche Parallelen gibt denn es zwischen diesen Krisen und der augenblicklichen Krise? Oder stehen eher die Unterschiede im Vordergrund?

Manfred Berg: Ein augenfälliger Unterschied ist natürlich, dass die Pandemie nicht das Ergebnis zielgerichteten menschlichen Handelns ist, auch wenn ihre Ausbreitung ganz entscheidend durch menschliches Handeln und Unterlassen beeinflusst wird. Im Unterschied zu Kriegen gibt es auch nicht per se menschliche Feinde, d.h. es sollte sie nicht geben. Tatsächlich aber sehen wir, wie der U.S.-Präsident gerade versucht, die Pandemie in seine bevorzugten Feindbilder zu integrieren, wenn er, nahe an der Verschwörungstheorie, China beschuldigt, das Virus entweder fahrlässig oder beabsichtigt verbreitet zu haben, oder wenn er suggeriert, ein Einwanderungsstopp sei ein wirksames Mittel gegen die wirtschaftlichen Folgen der Krise.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass in Kriegen die Legitimität staatlichen Handelns nicht grundsätzlich in Frage steht. Der New Deal, also Franklin Roosevelts Programm gegen die Große Depression, und die staatlich orchestrierte Mobilisierung im Zweiten Weltkrieg hatten ein hohes Maß an Zustimmung. Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten jedoch eine systematisch betriebene Entlegitimierung des Staates als Akteur in Wirtschaft und Gesellschaft erlebt. Für viele Amerikaner ist der Staat regelrecht zum Feindbild geworden, genauer gesagt gemacht worden, denn tatsächlich handelt es sich um eine Kampagne libertärer Ideologen und kapitalistischer Großinteressen, deren Ziel es ist, den Staat und seine Reglementierungskraft soweit wie möglich zurückzudrängen. Dass dies zu einem erheblichen Teil gelungen ist, hat dazu beigetragen, den Staat und das öffentliche Interesse so sehr zu schwächen, dass Amerika noch deutlich unvorbereiteter auf die Pandemie-Krise war als andere Länder. Das wird dann auf der Rechten wieder als Beweis für die Inkompetenz der Regierung gesehen.

Man mag es vielen Amerikanern nicht einmal verdenken, wenn sie diesen Parolen auf den Leim gehen. Wer, weil es keine soziale Absicherung gibt, darauf angewiesen ist, zu arbeiten, wird wütend, wenn die Pandemiebekämpfung ihn oder sie arbeitslos macht oder dazu zwingt, das Geschäft zu schließen.

Anja Schüler: Donald Trump hat davon gesprochen, dass der Kampf gegen das Virus ein Krieg sei und er ein Kriegspräsident. Warum werden in den USA Krisen so oft und so schnell als Kriege definiert?

Dass Krisen in kriegerischer Rhetorik definiert werden, ist keine amerikanische Besonderheit. Die Geschichte moderner Nationalstaaten ist ja durch Kriege geprägt, die Erinnerung an sie evoziert Assoziationen von Heldentum, Größe und Siegen. International sind wohl wir Deutsche aus historischen Gründen eher die Ausnahme, weil die Anknüpfung an Kriege bei uns diskreditiert ist. Die USA markieren eher das andere Extrem, in Amerika ist ständig von Krieg oder Kreuzzug die Rede. Man denke nur an den „War on Drugs“ oder den „War against Terror“. Kriegsrhetorik ist ein scharfes, aber auch zweischneidiges Schwert, um im Bilde zu bleiben. Scharf, weil sie ein hohes Mobilisierungspotenzial hat. Im Krieg wird es ernst, da müssen alle mitmachen und Opfer bringen. Im Krieg geht es auch nach Befehl und Gehorsam. Wenn sich ein U.S.-Präsident als Kriegspräsident bezeichnet, meint er genau das, nämlich dass seine Befugnisse als Oberbefehlshaber dann noch weiter reichen als ohnehin schon. Donald Trump hat ja, in der ihm eigenen Schlichtheit, sogar behauptet, der U.S.-Präsident verfüge über eine totale Autorität. Zweischneidig ist Kriegsrhetorik aber auch deshalb, weil sie zumeist in die Irre führt. Denn sie weckt falsche Assoziationen. Es gibt Freund oder Feind, Sieg oder Niederlage. Der Krieg endet mit der Kapitulation des Feindes, dann halten wir eine Siegesparade ab, und alle gehen nach Hause. Das ist aber meistens nicht der Fall, und ganz sicher nicht im Kampf gegen die Coronapandemie. Es mag mental helfen, sich das Virus als einen bösen Feind vorzustellen, so wie die Nazis, aber man darf sich nicht der Illusion hingeben, es sei in einem Krieg zu besiegen. Den bei uns bewusst gepflegten Verzicht auf militärische und militaristische Rhetorik halte ich für wohltuend und klug, weil so in einer schwierigen Situation nicht unnötig Leidenschaften und falsche Erwartungen geweckt werden.

Anja Schüler: Wenn doch es einen positiven gesellschaftlichen Effekt dieser Pandemie gäbe, wie würde dieser aussehen?

Der bekannte linksliberale Publizist George Packer schreibt in einem Aufsatz für das Magazin *The Atlantic*, die USA seien unter Donald Trump endgültig zu einem gescheiterten Staat geworden, der auf die Pandemie so reagiert habe wie Pakistan oder Weißrussland. Das Virus, so Packer, müsste das Land eigentlich zusammenbringen, doch in Wirklichkeit habe es die Spaltung und die Ungleichheit verschärft, und Trump mache mit seiner Inkompetenz und Hetze alles nur noch schlimmer. Damit Amerika wieder gesunden könne, nicht nur vom Corona-Virus, sondern von seinen vielen politischen und sozialen Krankheiten, müsse als allererstes das Trump-Regime enden, auch wenn das nur ein Anfang sein könne.

Wie die gesamte linke und liberale Öffentlichkeit hofft Packer auf die reinigende Wirkung der Krise, darauf, dass insbesondere die einfachen Leute, die Trumps Hetzparolen und Lügen Glauben schenken, zur Vernunft kommen und erkennen, dass Amerika nicht weniger, sondern mehr Staat und insbesondere einen funktionsfähigen Sozialstaat brauchen. Hier ließe sich noch einmal eine Parallele zur Großen Depression ziehen, die den Kapitalismus ja in eine so schwere Legitimationskrise stürzte, dass bis dahin unvorstellbare Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und der Aufbau eines Sozialstaats amerikanischer Prägung breiten Rückhalt fanden.

Ist es denkbar, dass die Corona-Krise, deren voraussichtliche wirtschaftliche Konsequenzen bereits mit der Großen Depression verglichen werden, zu einer ähnlichen Zäsur werden könnte? Ich gestehe, dass ich die Hoffnung der amerikanischen Liberalen teile, aber eher pessimistisch bin. Schon jetzt ist erkennbar, dass die Kräfte in den USA, die in den vergangenen Jahrzehnten den Kampf gegen den Staat und den Sozialstaat mit ideologischem Feuereifer und allen ihnen zu Gebote stehenden Geld- und Machtmitteln geführt haben, versuchen, eine solche Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern. Ganz gezielt wird die Botschaft verbreitet, die Medizin, also die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, sei schlimmer als die Krankheit, und der Staat sei dabei, die lang angestrebte Tyrannei unter dem Vorwand der Seuchenbekämpfung zu errichten. Hinzu kommt das nationalistische Argument des Exzeptionalismus: Amerika ist anders als andere Länder, von denen es weder lernen kann noch sollte.

Aus meiner Sicht hängt die weitere gesellschaftliche Entwicklung entscheidend von der Präsidentschaftswahl im November ab. Ich denke, es gibt zwei Alternativszenarien. Die erste

Möglichkeit ist, dass eine große Mehrheit der Wähler der Präsidentschaft Trumps ein Ende bereitet. Vor dem Hintergrund des Scheiterns bei der Seuchenbekämpfung könnte eine Entwicklung beginnen, in der ein erneuerter Sozialliberalismus wieder die politische Hegemonie gewinnt und ein neuer sozialer Konsens entsteht. Das wäre das Szenario von 1932, als der glücklose Republikaner Herbert Hoover gegen Roosevelt haushoch unterlag. Politikwissenschaftler sagen seit langem voraus, dass dies allein aufgrund der demografischen Trends, passieren wird: es wählen mehr Minderheiten, die jüngeren Amerikaner sind deutlich linker eingestellt als die ältere Generation. Das Schreckensszenario ist jedoch die Wiederholung der Situation von 2000. Die Wahl ist knapp und umstritten. Vor 20 Jahren konnte die Verfassungskrise gerade noch vermieden werden. Das ist heute nicht mehr vorstellbar. Seit 2017 diskutieren U.S.-Historiker ernsthaft darüber, ob Amerika wieder vor einer Situation wie 1860 stehe, als die Nation dermaßen polarisiert war, dass eine Präsidentschaftswahl, deren Ausgang der Süden auf keinen Fall akzeptieren wollte, der Funken war, der Pulverfass zur Explosion brachte.

Anja Schüler: Das ist ja leider kein optimistischer Ausblick. Dennoch ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch. In der nächsten Woche werde ich mit Dr. Martin Thunert, dem Senior Lecturer Politikwissenschaft am HCA, sprechen. Wir werden unter anderem der Frage nachgehen, wie sich die Pandemie auf den Präsidentschaftswahlkampf auswirkt und wie die Chancen für Donald Trumps Wiederwahl stehen.

Ihnen herzlichen Dank fürs Zuhören. Ich möchte Sie gerne noch auf weitere virtuelle Angebote hinweisen, die Sie auf unserer Website finden, beispielsweise Videos von Vorträgen prominenter amerikanischer Wissenschaftler. Unser Graduate Blog ist ebenfalls immer einen Besuch wert; aktuell können Sie dort einen Beitrag darüber lesen, wie amerikanische Medien die Rolle Chinas in der Covid-19-Pandemie darstellen. Bleiben Sie außerdem immer auf dem Laufenden mit unserem monatlichen Newsletter, den sie einfach auf unserer Website abonnieren können.

Das war „Corona in den USA“, der Podcast des Heidelberg Center for American Studies. Ich bedanke mich bei Julian Kramer für die großartige technische Unterstützung und den Entwurf unseres Podcast Logos und bei Thomas Steinbrunner für die Musik. Mein Name ist Anja Schüler, und ich freue mich, wenn Sie auch in der nächsten Woche wieder den HCA Podcast anklicken. Bis dahin – bleiben Sie gesund.